

Rainer F. Schmidt, Kaiserdämmerung. Berlin, London, Paris, St. Petersburg und der Weg in den Untergang, Stuttgart: Klett-Cotta 2021, 878 S., EUR 38,00

[ISBN 978-3-608-98318-0]

Bernhard Sauer, Der Erste Weltkrieg – ein Verteidigungskrieg?, Berlin: Duncker & Humblot 2023, 188 S. (= Zeitgeschichtliche Forschungen, 66), EUR 49,90

[ISBN 978-3-428-18891-8]

Besprochen von **Michael Epkenhans**: Bardowick, E-Mail: Michael.Epkenhans@web.de

<https://doi.org/10.1515/mgzs-2024-0034>

Trotz der kaum überschaubaren Zahl an Studien, die zwischen 2013/14 und 2018 zu Vorgeschichte, Verlauf und Ende des Ersten Weltkrieges erschienen sind, war kaum zu erwarten, dass die Debatten über zentrale Fragen wie die nach der Verantwortung für die »Urkatastrophe« Europas oder die Ursachen der Revolution 1918 damit beendet sein würden. Die hier zu besprechenden Bücher sind Beispiele für unterschiedliche Auffassungen, die auch 110 Jahre nach Kriegsausbruch mit zum Teil erstaunlich spitzer Feder vertreten werden.

Der inzwischen in den Ruhestand getretene Würzburger Historiker *Rainer F. Schmidt* legt ein ambitioniertes Buch vor. Ausgewiesen durch Studien zu Otto von Bismarck und dessen Außenpolitik, will er durch eine vergleichende Untersuchung eine der für den weiteren Verlauf der deutschen, europäischen und Weltgeschichte zentralen Epochen aus den jeweiligen Perspektiven der Entscheidungsträger in Berlin, London, Paris und St. Petersburg – so der Untertitel seines Buches – in den Blick nehmen. Dass Schmidt Wien nicht nennt, irritiert, saßen in der Hauptstadt der Habsburgermonarchie doch diejenigen Politiker und Militärs, die als erste entschieden, das Attentat auf den Thronfolger des Reiches zum Anlass zu nehmen, einen lokalen Krieg zu entfesseln, der, wie sie wussten, auch einen Kontinentalkrieg auslösen konnte. Ob diese Auslassung ein Versehen ist oder ob Wien dem Autor im Gesamtzusammenhang doch zu unwichtig erscheint, kann nur er beantworten.

Schmidt macht gleich zu Beginn klar, dass er sein Buch als eine Art Generalabrechnung mit der älteren, aus seiner Sicht seit Jahrzehnten auf Irrwegen wandelnden Forschung betrachtet. Über viele namhafte Historiker wie Hans-Ulrich Wehler und Wolfgang J. Mommsen, aber auch deren konservative Kritiker wie Klaus Hildebrand und Thomas Nipperdey, bricht er den Stab. Deren orthodoxe

Lesart des Geschehens, die auf einem »Aktions-Reaktions-Paradigma« (S. 37) beruhte und auf »einem kausalen Nexus zwischen der deutschen Politik und der Gegenreaktion der anderen Mächte« (ebd.) fußte, sei zu »simpel« (S. 38). Diesen Studien stellt er die Arbeiten von Christopher Clark, Sean McMeekin, Stefan Schmidt oder Andreas Rose gegenüber. Diese hätten, so der Autor, überzeugend sowohl das »Axiom einer vorgeblich mangelnden Integrationsfähigkeit des [deutschen] Kaiserreichs in das internationale System in Zweifel gezogen« (S. 39) als auch »auf den fundamentalen Formwandel der internationalen Allianzen nach 1890 verwiesen« (S. 39). Diese seien, anders als vor 1890, weder Instrumente »der eigenen Sicherheit noch der Abschreckung der Gegner«, sondern nur noch, und damit meint er die Mitglieder der Triple-Entente, »offensive Werkzeuge des Machtbaus« (S. 40) gewesen. Zudem habe die Triple-Entente gezielt und erfolgreich die »Einkreisung« Deutschlands betrieben.

Dies alles wolle die deutsche Geschichtswissenschaft trotz erdrückender Belege nicht wahrhaben: »Clarks multiperspektivische Deutung des Geschehens und seine Ablehnung, nach einer allein oder hauptsächlich verantwortlichen Macht zu fahnden, wurde von fast allen führenden Vertretern der deutschen Historikerkunft zurückgewiesen« (S. 43). Geschichte sei, so lautet der explizite Vorwurf, bis heute eine »hochpolitische Wissenschaft« (S. 44). Ihre »Narrative bestimmen nicht nur die staatlich verordneten Lehrpläne und damit das Geschichtsbild der Schulen«, den »Mainstream der gesellschaftlichen Kultur sowie das heutige politische Selbstverständnis der Nation und ihrer Handelnden«. Mit Blick auf den Ersten Weltkrieg heiße dies, »dass jede Deutung seiner Ursachen unter dem Imperativ steht, die Gewalt- und Schreckensherrschaft des Nationalsozialismus erklären zu müssen« (ebd.).

Bereits hier muss der Rezensent, der seit Jahren die entsprechenden Schulbuchkapitel bearbeitet, tief Luft holen: Hätte sich Schmidt wirklich die zurzeit vorliegenden Schulbücher angeschaut, dann wüsste er, dass diese einen sehr differenzierten, multiperspektivischen Blick auf das Geschehen werfen: So steht Christopher Clark neben Annika Mombauer oder Jörn Leonhard. Gleiches gilt für die Weltkriegsforschung oder die Kontinuitätsthese. Wo bitte wird diese in der von Schmidt behaupteten Form in Lehrplänen oder Schulbüchern vertreten? Und ja, Clark und seine Mitstreiter zu kritisieren ist kein Sakrileg, denn so überzeugend sind deren Deutungen bei Licht betrachtet nun auch nicht, wie die Debatte darüber gezeigt hat. Der Anspruch, deren Deutung sei nun das Maß aller Dinge, ist daher genauso vermessen wie seinerzeit die Behauptung, allein Fritz Fischer hätte die Ursachen für den Ausbruch des Ersten Weltkriegs »richtig« erklärt.

Doch all dies, vor allem aber auch die vielen Differenzierungen in den einschlägigen Studien bereits vor Erscheinen von Clarks Buch bzw. zeitgleich und unabhängig von diesem ficht Schmidt nicht an. Zutiefst überzeugt, glaubt er, wie

dieser ein Buch vorlegen zu müssen, das das »Kaiserreich nicht von der Gegenwart her« deutet. »Es konstruiert keine fatalen Kontinuitätslinien. Es argumentiert nicht auf der Schiene eines deutschen Irrweges, der in die Katastrophe führte. Und es unterstellt nicht in Form einer rückwärtsgewandten Projektion den damals Handelnden, sie hätten wissen müssen, worauf ihre Entscheidungen Jahrzehnte später hinausliefen. Vielmehr geht es davon aus, dass die Zukunft grundsätzlich offen und nicht vorherbestimmt war« (S. 45).

Um diesen Anspruch einzulösen, behandelt Schmidt in den folgenden sechs Kapiteln und unter Einbeziehung der Politik der anderen Großmächte die »Signatur der Epoche«, zeichnet in seiner »Anatomie des Wilhelminischen Reiches Strukturen und Kräfte zwischen 1890 und 1914« nach, untersucht die Innenpolitik (Kapitel 4) und die Außenpolitik (Kapitel 5) der Wilhelminischen Ära, um dann in Kapitel 6 den Kriegsausbruch sowie in Kapitel 7 den Weltkrieg in den Blick zu nehmen. Ein ausführlicher »Epilog« rundet das Buch schließlich ab. Nach der Lektüre von 795 Seiten sind viele Leserinnen und Leser vermutlich nicht nur erschöpft, vielleicht auch genervt über den ermüdenden »Feldzug« gegen »falsche« Deutungen, sondern sie werden sich auch die Frage stellen, ob der Autor seinem Anspruch gerecht geworden ist. Die Antwort des Rezensenten zumindest lautet: nein. Warum? Aus Platzgründen müssen einige Beispiele genügen:

Keine Frage, Schmidt spart nicht mit Kritik an den »Wilhelminern«, angefangen bei der Ursünde allen Übels in der Außenpolitik des Reiches, der Nichterneuerung des »Rückversicherungsvertrages« mit Russland und den damit vorgenommenen »Weichenstellungen ins Nirwana« (S. 339) über die Entscheidung zum Übergang zur Flotten- und Weltpolitik, beim »Weg in die Isolation« (S. 423), dem »Versuch einer Detente mit England« (S. 453), das Handeln der Reichsleitung vor und während der Julikrise oder auch während des Ersten Weltkrieges. »Die Zauberlehrlinge um Holstein hatten den Startschuss zur antagonistischen Blockbildung in Europa gegeben, die sich bis zum Weltkrieg nicht mehr umkehren ließ«, heißt es auf S. 352; ein Urteil, das angesichts Schmidts ständigem Plädoyer für die Offenheit historischer Prozesse und den tatsächlich vielfach möglichen anderen Weichenstellungen erstaunt. Hinter der »Formel vom bloßen Streben nach Gleichberechtigung mit den anderen Mächten lauerten Gefahren, für die Bülow und der schneidige Reden schmetternde Kaiser kein Sensorium hatten« (S. 377), heißt es dann aus Sicht der Rezensenten zutreffend zur »Weltpolitik«. Auch das Urteil über die deutsche Politik im Juli 1914 überrascht zunächst, unterscheidet es sich doch allenfalls graduell von der von ihm vielfach kritisierten Forschung: Das Handeln der Reichsleitung bezeichnet er als »unbegreifliches Hasardspiel« (S. 539). Der »Wunschzettel der Berliner Politik« (ebd.) habe nicht der Wirklichkeit entsprochen: »[S]elbst der von Poincaré auf dem Balkan installierte Zündmechanismus, mitsamt seinen Bemühungen, die Russen regelrecht scharf zu machen, hätte Europa nicht in Brand setzen

können. Wenn der kalte, lokale in einen heißen, großen Krieg umschlagen konnte, dann war entscheidend, dass Bethmann und Jagow ihre Politik am Rande des Abgrunds nicht bis zum Ende durchkalkuliert hatten« (ebd.). »Sobald Russland Ernst machte, wurden alle politischen Planspiele gegenstandslos« (ebd.). Im Hinblick auf das Kriegsende schreibt er dann: »Die Fehlrechnung des U-Bootkrieges war tödlich. Was immer man jetzt noch in Berlin unternahm, nun tickte die Uhr, die die deutsche Niederlage über kurz der lang unausweichlich machte« (S. 693).

Alle Leserinnen und Leser, die die Forschung ein wenig überblicken, dürften sich angesichts Schmidts penetranter Kritik an vielen Kaiserreichhistorikerinnen und -historikern immer wieder verwundert die Augen reiben, entsprechen diese Urteile doch, cum grano salis, denjenigen, die seit Jahrzehnten in der Forschung dominieren.

Doch genau diesen Eindruck versucht Schmidt mit deutlichen Statements, die mit manchen seiner Aussagen kaum zu verrechnen sind, zu vermeiden, wie ein Beispiel zeigen soll: »Zweck« der Weltpolitik sei keineswegs der Wille gewesen, die »Herrschafts- und Gesellschaftsstruktur des Reiches zu konsolidieren« (S. 373). Diese »vereinte« vielmehr »ein ganzes Bündel von heterogenen Zielen« (S. 374). Wer, so muss man fragen, behauptet seit Jahren noch etwas anderes? Die durch London »veranschlagte Bedrohung durch den ›Tirpitz-Plan« sei »weitaus geringer als bislang angenommen« (S. 416), die dadurch drohenden Gefahren seien ein »Mythos« (S. 415) gewesen, eine durch bisherige, von ihm zurückgewiesene wie auch neuere Forschungen lange widerlegte kühne These. Und so hoch er auch die Verantwortung des Reiches für »Kriegserklärung und Kriegsentfesselung« – Letzteres ein problematischer, belasteter Begriff – veranschlagt, »mindestens ebenso wichtig war das, was Poincaré im Schilde führte. Frankreich war seit 1871 auf den Revanchekrieg aus, und Russland strebte nach den Dardanellen« (S. 566). Ja, einem subtil entwickelten Drehbruch folgend, habe Poincaré den Krieg entfesselt. »Sein Werkzeug war die Kenntnis des Schlieffenplans. Der deutsche Schlachtplan« sei die »entscheidende Voraussetzung für die Überbrückung der Dichotomie in Poincarés Konzept« gewesen: »den Krieg nicht selbst erklären zu dürfen, ihn gleichwohl zu entfachen« – so wie Bismarck 1870 den Krieg gegen Napoleon III. herbeigeführt habe (S. 567). Selbst wenn Berlin auch um den Preis der Akzeptanz einer Demütigung nachgegeben hätte, »[d]er Wille zum Schlagen, die Kriegseuphorie und die Zuversicht, nach den getroffenen Vorkehrungen und Abmachungen das Ringen mit den Mittelmächten erfolgreich bestehen zu können, waren in Paris überwältigend. Sie stellten alles in den Schatten, was sich zeitgleich in Berlin abspielte« (S. 568).

Die Hauptverantwortung dafür, dass Poincaré diese Rolle überhaupt spielen konnte, trägt aus Schmidts Sicht jedoch die Regierung in London. Dies zeigt bereits sein Einstieg, eine an Dramatik kaum zu überbietende Beschreibung der Sitzung des Committee of Imperial Defence in London am 23. August 1911 und eines der

wichtigsten Akteure, des britischen Generals Sir Henry Wilson, der für ihn einer der unsympathischsten und intrigantesten Menschen der Epoche ist. Selbst wenn man jedem Autor zugesteht, das Interesse seines Publikums durch überspitzte Schilderungen wecken zu dürfen, so sollte die »Geschichte«, die er erzählt, durch die Quellen gedeckt sein. Dies ist sie nicht. Platzmangel erlaubt nicht, dies zu belegen. Es sei daher, vor allem was den Schlieffen-Plan betrifft, nur auf Markus Pöhlmanns detaillierte Studie »Geheimnis und Sicherheit. Der Aufstieg militärischer Nachrichtendienste in Deutschland, Frankreich und Großbritannien 1871–1914«, Berlin [u.a.] 2024, verwiesen. Vieles, was Pöhlmann schreibt, hätte Schmidt schon wissen können, ja müssen, hätte er die einschlägige Literatur und die vorhandenen Quellen richtig gelesen. Dann allerdings wäre eine zentrale Säule in Schmidts Argumentation zusammengebrochen: die Behauptung, Großbritannien sei der eigentliche »Weichensteller für die Umorientierung der Mächtebeziehungen« (S. 504) vor 1914 gewesen. Die »Konventionspolitik Greys« (ebd.) habe – zu Unrecht – Frankreich beispielsweise in seiner völkerrechtswidrigen Haltung in der Marokkofrage gestärkt oder auch durch den Ausgleich mit Russland im Fernen Osten »im Tausch gegen das britische Stillhalten im Nahen Osten sowie an Bosphorus und Dardanellen« dazu beigetragen, »die Lunte an das Pulverfass des Balkanraumes« (ebd.) zu legen. »Damit trat die Bündnisräson an die Stelle der Staatsräson, was den Spielraum für rationale, kühl kalkulierte Entscheidungen vollkommen verstellte« (S. 505). Mit dieser Deutung belebt Schmidt gewollt oder ungewollt das zeitgenössische Bild vom »perfiden Albion« und verringert zugleich die Verantwortung der Reichsleitung dafür, dass Europa durch eine irrlichternde, oft aggressive, wenig konziliante und dadurch immer wieder Misstrauen hervorrufende Politik seit 1897 aus dem Gleichgewicht geriet.

Angesichts seines revisionistischen Impetus wundert es daher auch kaum, dass Schmidt zum Abschluss heftige Kritik an den Alliierten übt. Diese hätten sich nicht entlang der Wilson'schen »14 Punkte« an die »Regeln des Völkerrechts« (S. 759) gehalten und trügen damit die Verantwortung für den »virulenten Revisionismus« (S. 772) nach 1919. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung wiederum hätten fahrlässig die Chance auf eine »Levée en masse« verspielt. »Als blanke Drohung hätte dies schon genügt, um die Alliierten daran zu hindern, einen totalen Sieg zu landen. Das war die objektive Sachlage bis in den Herbst hinein« (S. 741), heißt es unter gleichzeitigen Seitenhieben gegen die bisherige Forschung. Die Zweifel daran sind angesichts der von Schmidt erkannten »spontane[n] Protestbewegung der kriegsmüden Massen und Soldaten« (S. 764) mehr als berechtigt, wie auch das Reichsarchiv in einer aus guten Gründen unveröffentlichten Studie über die Frage »Konnte das Heer noch weiterkämpfen?« feststellte. Der Idee einer erfolgreichen »Levée en masse« fehlte jede Grundlage, sie war reines Wunschdenken einiger weniger Politiker und Militärs, wie die Reaktionen der Matrosen und Soldaten Ende

Oktober/Anfang November auch zeigten: Sie löschten die Feuer in den Kesseln, um ein Auslaufen der Schiffe zu verhindern, anschließend gingen sie gemeinsam mit einer stetig anschwellenden Masse enttäuschter Menschen auf die Straße, um die Monarchen zu stürzen.

Auch Schmidts Ausführungen zur Innenpolitik überzeugen nicht. Schmidt betont gleich zu Beginn dieses Abschnitts die »Janusköpfigkeit« (S. 108) bzw. das »dialektische Spannungsverhältnis von Wandel und Beharrung« (S. 110). Dementsprechend scharf weist er jegliche Form der »Sonderwegthese« zurück, die das Kaiserreich als »Vorgeschichte des Nationalsozialismus und des Holocaust« betrachte. Dafür habe es nicht nur viele andere »Weggabelungen« (ebd.) gegeben, sondern »Bismarck und seine Epigonen werden für Entwicklungen in Haftung genommen, die sie weder voraussehen konnten noch in dieser unseligen Ausprägung gar anvisiert hätten« (ebd.). Seine sehr konventionelle und die Forschung der vergangenen Jahrzehnte über Verfassung, Reichstag und Parteien, aber auch über Wirtschaft und Gesellschaft kaum oder gar nicht zur Kenntnis nehmende Darstellung verblüfft an manchen Stellen dann doch durch ihre Widersprüchlichkeit. So betont auch Schmidt zunächst, die Reichsverfassung habe dem »Staatsmodell« entsprochen, »wie es den im Geist der Aufklärung argumentierenden Liberalen im 18. und 19. Jahrhundert vorgeschwebt habe« (S. 115). Wenig später spricht er dann, die Widersprüche sind mit Händen zu greifen, vom »Primat des monarchischen Prinzips vor der Volkssouveränität« (S. 135), stellt fest, dass Reichskanzler Leo von Caprivi »behutsame Modernisierung« gescheitert sei: »Für echte Reformen, ja, für fundamentale Modifikationen hätte es einer äußersten Krisensituation bedurft, wie 1862, oder, noch extremer, 1918« (S. 271f.). Der »Verfassungsbau von 1871« sei daher »eingefroren« geblieben (S. 135), und all dies habe »anders als in den republikanisch verfassten Staaten England [sic!] und Frankreich [...] zum einen die Einübung von Ausgleich und Kompromiss zwischen den Parteien und zum anderen die Ausbildung von politischen Talenten im parlamentarischen Betrieb« (ebd.) verhindert. Dies habe auch den »Trend zu Dogmatismus und Opposition ungemein« gefördert (ebd.). »Bei allen Weimarer Parteien« habe daher die Überzeugung gefehlt, »dass eine stabile handlungsfähige Regierung, auch wenn sie nur einen Bruchteil des eigenen Programms umsetzte, allemal besser war, als in der weltanschaulich begründeten Opposition zu verharren« (S. 135f.). »Was für die Parteien galt, das galt auch für die deutsche Gesellschaft insgesamt. Das Starren auf Kaiser und Kanzler legte den Keim zu einer Führergläubigkeit, die zu einer Grundbedingung für den Aufstieg Hitlers werden sollte [...] All dies sollte in Weimar die bestehende Neigung fördern, autoritären und diktatorischen Figuren [sic!] mit einfachen Lösungsformeln mehr zu vertrauen als den Exponenten der wankenden Republik« (ebd.). Vor dem Hintergrund von Schmidts unbarmherziger Kritik an den »Sonderweglern« kann der Rezensent über diese These nur noch staunen.

Den Rezensenten befremden jedoch nicht nur die beispielhaft aufgezeigten Widersprüche und problematischen Deutungen. Abgesehen von den vielen saloppen, oft unpassenden Formulierungen, sind auch die Charakterstudien des Autors äußerst befremdlich. Worin liegt, um nur zwei Beispiele anzuführen, der Erkenntnisgewinn für den Leser oder die Leserin, wenn Schmidt den russischen Staatskanzler Aleksandr M. Gortčakov als Lüstling schildert, der bis ins hohe Alter jungen Frauen nachstellte, dessen unehelichen Kinder kaum zu zählen gewesen seien und dessen »Ende seiner Wollust adäquat war. Als 85-jähriger Greis wurde er in Baden-Baden tot aus dem Bordell geschleift« (S. 51). Dies ist pure Effekthascherei, zumal Gortčakov in der Darstellung weder vorher noch nachher irgendeine Rolle spielt. Dieses Verdikt gilt gleichermaßen für die Beschreibung des britischen Außenministers Sir Edward Grey, eines »immer verdrießlich schauende[n] kleine[n] Mann[es] mit Römernase, schmalen Lippen und stechenden Augen, die aus einem harmlos wirkenden Kindergesicht hervorblitzten, das – wie Spötter sagten – noch nie die Schärfe eines Rasiermessers gespürt hatte« (S. 588).

In seinem Epilog macht Schmidt noch einmal Front gegen die »auf Hochtouren« laufende »Munitionsfabrik [sic!], die Argumente produziert, mit denen man das Kaiserreich als Hort von Neoabsolutismus, von Militarismus, von Aggression nach innen [sic!] wie nach außen brandmarkt« (S. 775). Stakkatoartig wiederholt er hier seine Vorwürfe gegen die Entente, deren »Strangulierungspolitik« (S. 777) im Sommer 1914 ihren Höhepunkt erreicht habe. Apodiktisch heißt es dann noch einmal gegen alle »Sonderwegler« gerichtet: »Der Faschismus war auch in seiner deutschen Ausprägung, dem Nationalsozialismus, ein epochales Phänomen. Die Oktoberrevolution in Russland und die Pariser Friedenskonferenz hatten daran einen entscheidenden Anteil. Der Triumph Hitlers war deshalb keineswegs ein deutsches Alleinstellungsmerkmal. Er lässt sich nicht mit der Perspektive einer deutschen Nabelschau erklären und schon gar nicht aus der Vorprägung der deutschen Gesellschaft durch die Hypotheken des Kaiserreichs herleiten« (S. 790). Ernst Nolte redivivus möchte man zu dieser schon lange widerlegten, den maßgeblichen deutschen Eigenanteil an der Katastrophe der Jahre 1933–1945 fahrlässig herunterspielenden These sagen.

So richtig und wichtig es ist, Geschichte multiperspektivisch und ohne Vorteile zu schreiben, so falsch ist es, dies mit Schaum vor dem Mund zu tun. Ein Alterswerk muss nicht zwingend altersmilde argumentieren; es sollte aber sine ira et studio geschrieben werden. Dies ist hier leider nicht der Fall.

Das zweite hier zu besprechende Buch geht der Frage nach, ob der Erste Weltkrieg »ein Verteidigungskrieg« gewesen sei. Nach über einhundert Jahren Weltkriegsforschung überrascht diese Frage. Sie erinnert an die Reden, die Wilhelm II. in den ersten Augusttagen 1914 vom Balkon des Berliner Schlosses aus gehalten hat und in denen er den Mythos vom Verteidigungskrieg beschworen

hatte. *Bernhard Sauer* macht allerdings gleich zu Beginn deutlich, dass seine Leitfrage eher rhetorisch gemeint und Teil eines ganzen Bündels von Fragen ist. So fragt er u.a. nach den Ursachen des Krieges, dem Zusammenhang von Weltkrieg und Antisemitismus, aber auch nach Kontinuitäten zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg. Auch die Frage, ob der Krieg hätte verhindert werden können, will er beantworten.

Auf die Einleitung folgen weitere sechs Kapitel. Diese behandeln Julikrise und Kriegsausbruch, die Kriegsziele und den Kriegsverlauf, die Haltung der SPD gegenüber dem Krieg, Kriegsende und Zusammenbruch sowie »Adolf Hitler und der Erste Weltkrieg«.

Wer diese Kapitel liest, findet wenig Neues. Verantwortlich dafür ist sicherlich, dass der Autor sich auf eine begrenzte Auswahl neuerer Literatur, eine erstaunlich große Zahl jüngst erschienener Zeitungsartikel über den Weltkrieg sowie einige wenige bereits bekannte Quellen stützt. Dementsprechend ist das Ergebnis nicht überraschend. Die deutsche Politik habe zwar den Ersten Weltkrieg nicht gewollt, aber auch nicht genug getan, diesen zu verhindern. »Über weite Strecken der Julikrise haben sie [Kaiser und Kanzler] eine kriegsfördernde Politik betrieben, und nachdem Österreich-Ungarn Serbien den Krieg erklärt hatte, waren auch sie kriegsentschlossen« (S. 165). Diese Deutung übersieht allerdings die »Weltbrandtelegramme« des Kanzlers, mit denen der in letzter Minute versucht hatte, eine Eskalation zu verhindern, und auch Wilhelm II. war nicht so kriegslüsternd, wie Sauer meint. Auch den Einfluss »einflussreiche[r] Gruppen« (ebd.) überschätzt der Verfasser aus Sicht des Rezensenten. Die Kriegszielprogramme beschreibt er zutreffend. Wenn er diese jedoch zum Anlass für den Krieg stilisiert, dann übersieht er, dass es dafür trotz jahrzehntelanger intensiver Forschung keine Belege gibt. Seiner These, dass der Mythos vom Verteidigungskrieg verhängnisvoll gewesen sei, wird man zustimmen können, auch wenn diese nicht neu ist. Ob die SPD angesichts dieses Mythos »ein deutliches Zeichen gegen den Krieg« hätte setzen können und ob »eine beharrliche Aufklärungsarbeit über den wahren Charakter des Krieges [...] das Anwachsen der Antikriegsbewegung beschleunigt und weitere Möglichkeiten eröffnet [hätte], den Krieg vorzeitig zu beenden« (S. 168), erscheint eher unwahrscheinlich. Für die SPD-Führung gab es lange gute Gründe, den »Burgfrieden« nicht infrage zu stellen. Zutreffend erscheinen die Ausführungen über den Kriegsverlauf und das Handeln der Obersten Heeresleitung. Neues enthalten sie aber ebenfalls nicht. Dies gilt auch für die »Dolchstoßlegende«. Sauers abschließende These, »der Nationalsozialismus war vor allem ein Ergebnis des Ersten Weltkrieges. Aus dem Ersten Weltkrieg ergaben sich alle folgenden Katastrophen« ist, so sehr »Hitler [...] ein Kind« (S. 176) des Ersten Weltkrieges war, dann doch sehr vereinfachend. Sie übersieht die grundsätzliche Offenheit der Geschichte ungeachtet aller Belastungen durch katastrophale Ereignisse wie den Ersten Weltkrieg.

Kurzum, angesichts dieses wie auch anderer eher undifferenzierter Urteile, aber auch weil das Buch insgesamt nichts Neues bietet, muss man es nicht gelesen haben.